



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

12. August 2022
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Warum sollen wir Arbeitenden ihren Gas-Krieg bezahlen?

Schon jetzt haben die Gas- und Stromkonzerne für viele von uns die Preise verdoppelt. Schon jetzt wissen viele Menschen kaum noch, wie sie ihre Einkäufe, Rechnungen und Raten bezahlen sollen. Und nun noch bis zu 1.000 Euro Gas-Umlage! Gekrönt durch zynische „Sparvorschläge“ der Politiker, wir sollten doch die Heizung runterdrehen, Sparduschköpfe kaufen oder beim Autofahren weniger Gas geben.

Die Regierung will mit der Umlage die Gas-Konzerne „retten“, die kaum noch Gas aus Russland bekommen und jetzt teures Gas auf dem Weltmarkt kaufen müssen. Doch warum sollten wir Arbeitenden die Rettung bezahlen?

Warum zahlen sie nicht die Energiekonzerne, die Ölkonzerne und RWE von seinem verdoppelten Gewinn? Warum nicht all die anderen Konzerne mit ihren Milliardengewinnen? Sie alle bereichern sich an den explodierenden Preisen – während Millionen Arbeiterhaushalte verarmen!

Dieser Kontrast ist so offensichtlich, dass selbst die Regierung so tun muss, als würde sie über eine extra Steuer für einzelne Konzerne nachdenken. Doch von denen würden sie zum Schein höchstens winzige Summen verlangen.

Sie faseln zwar viel von einer „sozial gerechten“ Verteilung der Lasten. Doch am Ende werden die Kapitalisten und die Regierung alle Kosten auf uns abwälzen: durch noch höhere Preise und durch massive Sparmaßnahmen in den Betrieben und in den öffentlichen Einrichtungen. Erste Sportanlagen und sogar Schulen haben schon das Heißwasser abgedreht.

Uns Arbeitende wird niemand retten – außer wir tun es selber!

Das Bodenpersonal der Lufthansa hat mit massiven Warnstreiks 200 Euro mehr Lohn sofort, weitere 125 Euro im Januar plus 2,5% mehr Lohn Mitte nächsten Jahres erkämpft. In den Häfen kämpfen Arbeitende für einen „vollständigen Inflationsausgleich“. Das ist unsere einzige Möglichkeit, nicht von den steigenden Preisen erdrückt zu werden. Es ist der Kampf, den wir mit möglichst vielen Arbeitenden gemeinsam aufnehmen müssen.

Es ist lebenswichtig, in dieser Krise unsere Interessen gegen die Kapitalisten und die Regierung zu verteidigen. Umso mehr, weil uns noch viel massivere Einschnitte drohen, falls der russische Staat im Winter seine Gas-Lieferungen nicht wieder erhöht. Für den Fall drohen sie uns bereits mit massiver Kurzarbeit und Entlassungen – und damit, dass wir in unseren Wohnungen und auf der Arbeit frieren müssen.

Auch hier tun die Herrschenden so, als wären sie genauso unschuldige Opfer wie wir. Opfer von Putin, der keine Skrupel hat, Gas als Druckmittel zu benutzen, um eine Lockerung der Sanktionen zu erreichen.

Doch sie vergessen zu erwähnen, dass die Regierungen der USA und der EU als erste Sanktionen gegen Energielieferungen aus Russland eingeführt haben. Trotz bestehender Verträge haben sie den Import von Öl und Kohle aus Russland eingestellt, ebenso die Lieferung von Maschinen und Ersatzteilen für seine Öl- und Gasindustrie. Und sie haben angekündigt, künftig auch kein russisches Gas mehr zu kaufen.

Nur hatten sie wohl nicht damit gerechnet, dass die russische Regierung (die auf das Gas als Einnahmequelle angewiesen ist) mit den gleichen Methoden antworten würde. Denn USA und EU sind es gewohnt, dass nur sie die wirtschaftliche Macht haben, andere Länder ernsthaft unter Druck zu setzen.

Angeblich sollten die Sanktionen gegen Russland dazu dienen, den Krieg schnell zu beenden und Menschenleben in der Ukraine zu retten. Spätestens heute ist jedem klar, dass dem nicht so ist. Trotzdem werden die Sanktionen beibehalten. Denn sie hatten von Anfang an einen anderen Zweck. Sie dienten insbesondere den USA als Waffe in ihrem wirtschaftlichen und politischen Machtkampf mit Russland.

Die Bevölkerung in vielen Ländern bezahlt bereits für die Folgen dieses Machtkampfs. Die Unsicherheit, ob wir im Winter genug Gas haben, ist auch eine dieser Folgen.

Doch eines ist sicher: Genau wie bei den steigenden Preisen, Corona und

anderen Krisen werden die Kapitalisten und die Regierung alles versuchen, um trotz Gasmangel die Profite zu schützen – und alle Folgen auf uns abzuwälzen. Ihre Aufrufe, heute schon Energie zu sparen, um „die Wirtschaft durch den Winter zu bringen“, sollen uns darauf gedanklich vorbereiten.

Sie versuchen uns zu beruhigen, dass dieser Verzicht nur so lange nötig sei, bis Deutschland bei der Energieversorgung „unabhängig“ wäre. Doch das ist eine Lüge. Zum Beispiel wollen einige jetzt die Atomenergie wieder nutzen. Doch woher kommt das hierfür notwendige Uran? Nicht aus Deutschland, dafür aber in großen Mengen... aus Russland und Kasachstan.

Und die „Abhängigkeit“ gilt nicht nur für die Energie. Keine Fabrik in Deutschland könnte ohne Rohstoffe und Vorprodukte aus der ganzen Welt produzieren. Die meisten Waren würde es ohne eine weltweite Produktion gar nicht geben.

Das wahre Problem ist, dass diese Produktion in einer Wirtschaftsordnung stattfindet, die in der Krise steckt; in der Konzerne und ihre Staaten daher immer aggressiver um die schrumpfenden Absatzmärkte kämpfen: mit Sanktionen, Handelskriegen und Kriegen, die den notwendigen Welthandel letztlich immer stärker behindern.

Mit Taiwan haben wir gerade erlebt, zu welcher Kriegsgefahr der wachsende wirtschaftliche Konkurrenzkampf zwischen den USA und China bereits führt. Wir können uns vorstellen, was es für einen dramatischen Rückgang der Produktion und unserer Lebensbedingungen gibt, wenn diese Entwicklung auch nur in Ansätzen zu Sanktionen und Handelskriegen führt wie mit Russland. Ganz zu schweigen davon, was passieren würde, wenn es zu einem Krieg zwischen den Großmächten kommt.

Das „Gebot der Stunde“ ist nicht, unter drastischen Einschränkungen zu einer „unabhängigeren“ Wirtschaft zu kommen. Denn das ist die Vorbereitung auf eine Kriegswirtschaft. Das Gebot der Stunde ist im Gegenteil, diese Entwicklung zu verhindern, die ihre Ursache im Kapitalismus und seinem erbarmungslosen Konkurrenzkampf hat.

Taiwan:**Der kapitalistische Konkurrenzkampf hat ein weiteres Pulverfass geschaffen**

Die militärische Eskalation zwischen China und Taiwan, ausgelöst durch den Besuch der US-Politikerin Pelosi, ist für den Moment vielleicht gestoppt. Doch der heutige Konkurrenzkampf zwischen den USA und China heizt diesen alten Konflikt immer weiter an.

Die Insel Taiwan gehörte historisch zu China. Doch als in China 1949 die Truppen von Mao Zedong, unterstützt von einer großen Revolte der Bauern, an die Macht kamen, flüchteten die Reste des alten korrupten Staatsapparates und viele Reiche nach Taiwan. Sie gründeten einen von der Volksrepublik China unabhängigen Staat, den sie „Republik China“ (Taiwan) nannten. In Wahrheit war ihre Republik vierzig Jahre lang eine brutale Diktatur, in der alle, die eine andere Meinung hatten, eingesperrt oder hingerichtet wurden. Auf diesem Gebiet stand das Regime in Taiwan der Diktatur Mao's in Nichts nach, im Gegenteil!

Lange Zeit erkannten die USA (und damit große Teile der Welt) einzig das Regime in Taiwan als offiziellen Vertreter Chinas an. Das kleine Taiwan saß als Vertreter Chinas in der UNO und allen anderen internationalen Einrichtungen. Zum maoistischen Regime in China hingegen hatte die US-Regierung alle Beziehungen abgebrochen und erkannte es auch nicht an. Denn die US-Regierung verzieh ihm nicht, dass es gegen ihren Willen an die Macht gelangt war. Und vor allem, dass das maoistische Regime dank seines großen Rückhalts unter den Bauern stark genug war, um den politischen und wirtschaftlichen „Wünschen“ der USA nicht mehr zu gehorchen.

Zwanzig Jahre später jedoch brauchte die US-Regierung die Hilfe Chinas, um den Krieg in Vietnam zu beenden, in dem sie feststeckten. 1971 öffneten sie daher die Tore der UNO für die chinesische Führung und schmissen dafür die Vertreter Taiwans hinaus. Und je mehr sich China in den kommenden Jahrzehnten wirtschaftlich öffnete und den westlichen Kapitalisten große Profite ermöglichte, desto mehr arrangierte man sich mit dem chinesischen Regime, das mit seiner erbarmungslosen Diktatur den Kapitalisten half, die Arbeiter*innen grenzenlos auszubeuten.

Um die neuen Beziehungen zu China nicht zu stören, wurde Taiwan nicht als Staat anerkannt. Dennoch war die Insel de facto eigenständig und wurde auch weiterhin wirtschaftlich und militärisch von den USA unterstützt.

Lange Zeit blieb dieser merkwürdige Zustand stabil. Doch mittlerweile ist China eine wirtschaftliche Macht geworden.



US-Kriegs-„Übung“ im Chinesischen Meer

Und angesichts der Krise und der schrumpfenden Absatzmärkte machen sich die US-Konzerne ernsthaft Sorgen, dass die chinesischen Konzerne eine zu große Konkurrenz werden könnten. Des-

halb hat die US-Regierung einen Handelskrieg mit China angefangen. Und im US-Generalstab gibt es bereits Überlegungen, ob man China nicht rechtzeitig militärisch schwächen oder zumindest einschüchtern sollte.

Dies ist der Grund dafür, dass die USA große Militärbündnisse mit Japan, Australien und mehreren Nachbarländern Chinas ins Leben gerufen haben, die massiv aufrüsten. Die USA, ebenso wie die EU-Staaten, stationieren darüber hinaus immer mehr Flugzeugträger und Militär im Chinesischen Meer und haben bereits mehrfach „Übungen“ vor der Küste Chinas abgehalten.

Taiwan spielt als traditioneller Militärstützpunkt und Verbündeter der USA in dieser Strategie eine zentrale Rolle. China seinerseits reagiert darauf, indem es ebenfalls aufrüstet und den Krieg – wie in den letzten Tagen – bereits „übt“.

Der Imperialismus hat damit ein weiteres Pulverfass geschaffen, das jederzeit hochgehen kann – mit unabsehbaren Folgen.

12 Wochen Streik an den NRW-Unikliniken:**Mehr Stellen, mehr Bewusstsein, mehr Zusammenhalt**

Nach 12 Wochen unbefristetem Streik für mehr Personal und Entlastung haben die Streikenden an den sechs Unikliniken in NRW die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sie einen Teil ihrer Forderungen durchsetzen konnten.

Für die größte Gruppe der Streikenden – die Pflegekräfte – wurde pro Abteilung ausgehandelt, wie viele Patienten eine Pflegekraft maximal zu betreuen hat. Und für alle Schichten, in denen sie mehr Patienten betreuen müssen, bekommen sie künftig einen Belastungsausgleich: bis zu 18 zusätzliche freie Tage im Jahr. All das gilt aber erst in zwei Jahren. Bis dahin bekommen die Pflegekräfte nur fünf zusätzliche freie Tage.

Für die Berufsgruppen außerhalb der Pflege, die gestreikt haben, werden rund 60 zusätzliche Stellen pro Klinikum geschaffen. Und wenn Stellen längere Zeit nicht besetzt sind, bekommt der betroffene Bereich als Ausgleich außerdem zwischen drei und fünf zusätzlichen freien Tagen.

Die Streikenden haben sich einen ganzen Tag Zeit genommen, um in allen Streikzellen in Ruhe darüber zu diskutieren und abzustimmen. Am Ende war in fünf der sechs Kliniken eine große Mehrheit der Ansicht, dass das Ergebnis akzeptabel ist und sie beim jetzigen Kräfteverhältnis nicht mehr durchsetzen können. Sie haben ihren Streik beendet mit dem Bewusstsein, sehr viel gelernt und verstanden und obendrein noch etwas anderes Wichtiges gewonnen zu haben: nämlich neue Verbündete und Zusammenhalt über die Bereiche und Kliniken hinweg.

Sie haben eine Schlacht gewonnen gegenüber einem Vorstand, der erst letztes Jahr Stellen eingespart hat und gegenüber einer Regierung, die mitten im Streik erklärt hatte, weitere Stellen einsparen zu wollen. Doch alle sind sich auch bewusst, dass weitere Kämpfe folgen müssen – nach Möglichkeit beim nächsten Mal mit noch mehr Krankenhäusern zusammen. Und dass bereits morgen der Kampf darum beginnen wird, dass die Vereinbarung auch umgesetzt wird.

Seehäfen: Ein Kampf für mehr Lohn – und das Recht zu streiken

12.000 Arbeiter*innen der vier deutschen Seehäfen kämpfen seit Wochen für Lohnerhöhungen, die wirklich die Inflation ausgleichen. Die Hafentreiber wollen sie mit im Schnitt 5% mehr Lohn pro Jahr abspeisen, festgelegt für zwei Jahre. Dabei weiß derzeit keiner, um wie viel die Preise in sechs Monaten steigen, geschweige denn in zwei Jahren!

Ein Teil der Streikenden hat daher eine Idee ihrer Kollegen aus Antwerpen übernommen. Sie fordern, dass im Tarifvertrag vereinbart wird, dass die Löhne in regelmäßigen Abständen automatisch an die Inflation angepasst werden.

Seit über vierzig Jahren hat es keinen Streik mehr an den Häfen gegeben. Da schon ein paar Tage Streik zu Produktionsstillständen

in den Auto- oder Chemiewerken führen können, gab es immer einen großen Druck, nicht zu streiken. Außerdem hörte man oft, dass man als ungelerner Arbeiter

ter dankbar sein könne, einen so guten Job ergattert zu haben.

Doch das Argument zieht nicht mehr, spätestens seit die Hafentreiber angekündigt haben, mehrere tausend Arbeitsplätze vernichten zu wollen – während die Arbeiter*innen heute schon oft 60 Überstunden im Monat anhäufen. Und dass die Hafentreiber ihnen nun auch noch eine reale Lohnsenkung aufzwingen wollen, hat das Fass zum Überlaufen gebracht.



Eine Gruppe Aktiver, vor allem ver.di.-Vertrauensleute, organisierte zunächst Versammlungen in den Pausen, um zu diskutieren, was man tun sollte. Die Mei-

nung war einhellig: streiken! Es folgten ein halbtägiger Warnstreik, dann ein 24-Stunden-Streik, dann ein 48-Stunden-Streik, an denen sich jedes Mal fast alle Arbeiter*innen beteiligten.

Die Hafentreiber, denen langsam mulmig wurde, haben daraufhin vor Gericht gegen den Streik geklagt. An den meisten Standorten wurde die Klage abgewiesen. Doch am größten Standort Hamburg hat die Gewerkschaft einen Vergleich akzeptiert, in dem Streiks bis zum 26. August verboten sind. Außerdem müssen sich Hafentreiber und Gewerkschaft in der Zeit drei Mal zum Verhandeln treffen. Doch was soll bei Verhandlungen rauskommen, in denen die Arbeiter*innen durch das Streikverbot kein Druckmittel haben?

Viele Kolleg*innen versuchen daher, weiter Druck auszuüben, indem sie alle Überstunden absagen. Ein Teil organisiert außerdem regelmäßig Pausenversammlungen: um sich trotz Streikverbot auszutauschen, um schnell reagieren und vielleicht bald die nächsten Streiks organisieren zu können.

Dortmund: Opfer rassistischer Polizeigewalt

Am Montag wurde ein 16-jähriger dunkelhäutiger Junge aus dem Senegal in der Dortmunder Nordstadt von der Polizei erschossen. Sein Körper wurde von fünf Kugeln durchlöchert!

Ein Betreuer der Jugendeinrichtung, in der er wohnte, hatten die Polizei gerufen, weil der 16-jährige mit einem Messer herumlief. Als daraufhin 11 Polizisten anrückten, drohte der Junge, sich selber umzubringen. Das erledigte dann die Polizei für ihn... mit einer Maschinenpistole.

Der junge Flüchtling lebte erst seit wenigen Tagen in Dortmund. Seine Familie hatte gehofft, in Deutschland wäre er in Sicherheit und hätte eine Zukunft. Stattdessen wurde er Opfer einer Polizei, bei der die Waffe sehr viel lockerer sitzt, wenn sie auf einen schwarzen oder arabisch aussehenden Mann treffen – ganz besonders in ärmeren Stadtteilen wie dem Dortmunder Norden.

Die Polizei – wessen Freund und Helfer?

50 rechtsradikale Rocker der sogenannten „Steeler Jungs“ haben in Essen 20 Jugendliche bedroht, die in einem Kulturzentrum ein Wochenend-Seminar machten. Viele der Jugendlichen hatten einen Migrationshintergrund. Die Rechtsradikalen standen vor dem Zentrum, riefen „Ausländer raus“, „Jetzt töten“ sowie „Hitler und SS zurück“. Dabei hielten einige drohend Messer in die Höhe. Die Seminarleiter riefen die Polizei um Hilfe. Doch diese kamen erst nach zwei Stunden.

Wundern braucht es einen nicht. Die Essener Polizei war schon mehrfach in den Schlagzeilen, wegen rechtsradikaler Chats, körperlicher Übergriffe und Schikanen gegen Migranten und auch, weil sich ein Polizist mit Mitgliedern der rechtsradikalen „Steeler Jungs“ fotografieren ließ. Von ihnen Schutz vor Rechtsradikalen zu erhoffen, heißt den Bock zum Gärtner zu machen.

Übrigens: Als der Vorstand des Essener Uniklinikums die Polizei rief, weil die Streikenden die Flure der Vorstandsetage besetzt hielten – und auch, als diese „zu laut“ ein Streikfest feierten, war dieselbe Polizei ganz schnell da.

Ukraine:

Die Regierung führt Krieg gegen die Arbeitenden

Das ukrainische Parlament hat am 19. Juli einen Großteil des Arbeitsrechts abgeschafft. In Zukunft gibt es in der Ukraine quasi keinen Kündigungsschutz mehr. Statt Tarifverträgen, die für alle Arbeitenden gelten, dürfen die meisten Unternehmer nun jedem Arbeiter einzeln den Lohn, die Arbeitszeiten und die Arbeitsbedingungen aufzwingen, die sie wollen. Obendrein werden „Null-Stunden-Verträge“ ohne festen Grundlohn erlaubt. Und den Gewerkschaften nimmt die ukrainische Regierung einen Großteil ihrer Gewerkschaftshäuser und ihres Eigentums weg.

Präsident Selenski hatte bereits vor dem Krieg zwei Mal – erfolglos – versucht, diese massive Verschlechterung durchzusetzen. Nun nutzt er die Ausnahme-situation des Krieges aus, um sie schnell durchs Parlament zu bringen... und um jeden Protest zu verbieten und zu ersticken. Während die Arbeitenden angeblich für die Verteidigung ihres „Vaterlandes“ kämpfen und sterben, führt dieses Vaterland Krieg gegen sie. Denn es ist das Vaterland der Oligarchen und der westlichen Kapitalisten.

Auch in Russland nutzen Putin und die Oligarchen den Krieg als Gelegenheit, um Löhne nicht zu zahlen, Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und Widerstand dagegen noch brutaler zu unterdrücken. In diesem Krieg haben die Arbeiter*innen der Ukraine und die Russlands letztlich die gleichen Gegner – und die gleichen Interessen.

Erfolgreicher wilder Streik: Gleiche Löhne für alle!

Zwischen der deutschen Insel Fehmarn und Dänemark wird ein Tunnel unter dem Meer gebaut. 500 polnische und rumänische Bauarbeiter, die auf dieser Großbaustelle arbeiten, haben irgendwann erfahren, dass sie viel weniger verdienen als ihre dänischen Kollegen. Daraufhin haben sie spontan die Arbeit niedergelegt. Mehrere dänische Bauarbeiter haben sich aus Solidarität angeschlossen.

Der Streik ging mehrere Tage. Am dritten Tag erklärte ein dänisches Gericht den Streik für illegal, weil die Arbeiter nach einem Tarifvertrag bezahlt würden. Das Gericht verlangte, dass sie sofort die Arbeit wieder aufnehmen müssten. Diese jedoch streikten trotzdem weiter und blockierten die Baustelle.



Ihre Entschlossenheit hat sich ausgezahlt: Nur zwei Tage später hat die Baufirma deutlichen Lohnerhöhungen zugestimmt.

Als Strafe dafür, dass sie trotz Streikverbot weitergestreikt haben, hat das Gericht jeden der beteiligten Arbeiter zu rund 500 Euro Strafe verurteilt. Das sollte auch eine Botschaft an andere Arbeitende sein, so etwas gar nicht erst zu versuchen.

Doch der Schuss ist nach hinten losgegangen. In ganz Dänemark haben Arbeitende aus Solidarität Geld gespendet. Es ist so viel zusammengekommen, dass es nicht nur reicht, um die Strafe zu bezahlen – sondern auch um den Lohn für die Streiktage zu ersetzen. Aus dem Einschüchterungsversuch ist im Gegenteil eine Ermütigung für andere Arbeitende geworden, sich ebenfalls nicht alles gefallen zu lassen, Streikverbot hin oder her.

Schreibtisch-Brandstifter

In halb Europa lodern Waldbrände. Schon seit einigen Jahren nimmt die Zahl dieser Brände deutlich zu. Ursache ist der Klimawandel. Hinzu jedoch kommt, dass es den Einsatzkräften immer schlechter gelingt, ihre Ausbreitung zu verhindern und sie möglichst schnell zu löschen: Weil die Regierungen gerade in Zeiten zunehmender Waldbrände... massiv bei Personal und Material zur Bekämpfung eben dieser Brände gespart haben!

Schutz der Wald...besitzer

Die Landesregierung in NRW hat jetzt angekündigt, für mehr Kameras, Löschteiche, Feuerschneisen und breitere Wege in den Wäldern zu sorgen.

Der allergrößte Teil der Wälder in NRW ist Privatbesitz. Die Wälder gehören reichen Großgrundbesitzern und Holzunternehmen. Doch während kleine Hausbesitzer problemlos zu teuren Maßnahmen gegen Brände gezwungen werden, findet es die Landesregierung „falsch“, die reichen Waldbesitzer zu etwas zu „zwingen“. Stattdessen will sie sie „im Gespräch überzeugen“, freiwillig (!) mehr für den Brandschutz in ihren Wäldern auszugeben.

Der Schutz der Vermögen der Reichen steht wie immer über dem Schutz der Bevölkerung und der Natur... selbst wenn diese in Flammen steht.

Niedriglohn-Land Deutschland

Angeblich sollten 2.000 Beschäftigte aus der Türkei eingestellt werden, um den Personalmangel insbesondere an den Sicherheitskontrollen der Flughäfen zu lindern. Doch gerade einmal 150 Arbeitende haben sich beworben. Das „Angebot“ der Unternehmen ist so schlecht, dass es sich für sie schlicht nicht lohnt! Ein weiterer Beweis, dass der Personalmangel kein „Versehen“ ist. Bevor sie mehr bezahlen und Vollzeitstellen anbieten, leben sie lieber mit dem extremen Personalmangel und dem Chaos, dessen Folgen die Beschäftigten und die Fluggäste ausbaden müssen.

Baustelle ist kein Ehrenamt

Vor wenigen Tagen haben 70 rumänische Bauarbeiter auf einer Baustelle in Düsseldorf die Arbeit eingestellt, weil sie seit drei Monaten keinen Lohn bekommen haben. Sie sind auf das Dach der Baustelle geklettert, haben die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam gemacht und sind erst wieder vom Dach gekommen, nachdem sie einen Teil ihres Lohns gezahlt bekommen haben.

Auf dieser Baustelle entstehen Wohnungen, von denen die kleinste (51 Quadratmeter) 425.000 Euro kostet... gebaut von Arbeitern, denen selbst der versprochene Mindestlohn nicht gezahlt werden sollte.

Teure Pillen

Die Krankenkassen haben dieses Jahr hohe Verluste gemacht. Und warum? Vor allem, weil Pharmakonzerne und Hersteller von medizinischen Geräten ihre Preise stark erhöht haben: um insgesamt weitere 10 Milliarden Euro.

Um das Geld wieder reinzuholen, hat die Regierung nun angekündigt, unsere Krankenkassenbeiträge zu erhöhen. Und obendrein sollen die Krankenhäuser weniger Geld für Personal bekommen. Die Krankenhäuser sollen also weitere tausende Arbeitsplätze einsparen! All das, um von diesem Geld die Wucherpreise der Pharmakonzerne zu bezahlen.

Opfer und „Opfer“

Noch immer leiden tausende Menschen in Japan unter den Folgen der Katastrophe von Fukushima. Mit seinen verantwortungslosen Sparmaßnahmen hatte der Tepco-Konzern, dem das Atomkraftwerk gehörte, das Unglück provoziert. Doch im Juni hat ein Gericht den Konzern gerade einmal zu 14.500 Euro Schadensersatz pro Geschädigtem verurteilt.

Einen Monat später aber wurden vier Tepco-Manager verurteilt, 48 Tepco-Aktionären 95 Milliarden (!) Euro Schadensersatz zu zahlen... weil das Unglück sie um ihre Investitionen gebracht hat. Dabei hatten die Aktionäre jahrelang an den Sparmaßnahmen mitverdient. Und nun bekommen sie tausendmal mehr Entschädigung als alle ihre Opfer zusammen!

Das ist das Gesetz dieser Gesellschaft: Viele Menschen und ganze Landstriche zu verseuchen, ist keine große Sache. Aber Aktionäre um ihren Gewinn zu bringen, ist ein Schwerverbrechen, das harte Strafen nach sich zieht.

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen; www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980